

Rainer Rotermundt

Oktoberrevolution und Sozialismus

Zur Bedeutung des Massenbewußtseins für die Herausbildung nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse

1. Problemstellung

Jeder Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Sowjetunion in ihrem Kern zu erfassen, gründet sich explizit oder implizit auf eine bestimmte Vorstellung über die Veränderung der Produktionsverhältnisse durch die Oktoberrevolution. Die historische Entwicklung selbst zeigt, daß die gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion nicht einfach das Resultat eines „unreifen“ Standes der Produktivkräfte zum Zeitpunkt der Revolution darstellt, sondern Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Prozesse, die die Revolution ins Leben rief und die bis heute wohl *keine wesentliche* Veränderung erfuhren. Schließlich hat die UdSSR heute – technologisch betrachtet – ein ungeheuer hohes Niveau erreicht. „Doch die Erscheinungen, die der ‚Ökonomismus‘ der ‚Rückständigkeit‘ der UdSSR zuschrieb und die nur ‚vorübergehend‘ sein sollten, bestehen und entwickeln sich weiter, anstatt zu verschwinden.“ (1) Will man also die Frage nach den Produktionsverhältnissen der Sowjetunion beantworten, so gilt es zunächst, die durch den revolutionären Prozeß geschaffenen Beziehungen der Produzenten zu betrachten. Die Ursachen jener unleugbaren Unterdrückung spontaner Aktivitäten der Arbeiter und Bauern durch die bolschewistische Partei müssen in den Klassenauseinandersetzungen vor und nach dem Oktober 1917 zu finden sein. D. h. der Kampf von Arbeitern und Bauern in den Jahren 1917 bis 1921 muß *in sich selbst* wenigstens die Möglichkeit der späteren Entwicklung getragen haben. Daher soll es hier nicht darum gehen, der traditionellen, am staatspolitischen Gang der Ereignisse orientierten Aufarbeitung der russischen Revolution eine weitere hinzuzufügen; vielmehr wird der Versuch unternommen, die programmatischen wie realiter durchgesetzten Ziele der revolutionären Massen zu bestimmen, „auf ihren Begriff“ zu bringen und so festzustellen, welche neuen Produktionsverhältnisse sie bewußt und/oder unbewußt schufen.

Unter diesem Gesichtspunkt treten die einzelnen Umstände, die zum Oktoberumsturz führten, in den Hintergrund zugunsten einer Hervorhebung der inhaltlichen Bestimmungen von Bewußtsein und revolutionärer Praxis der Massen. Auch verändert sich der Stellenwert, der dem Oktoberaufstand zukommt. Er *enthüllt* „das neue *Kräfteverhältnis zwischen den Klassen*, . . . indem er zugleich zu dessen Entstehen beiträgt; denn *die Macht ist eben ein Verhältnis zwischen den Klassen* (und kein ‚Gegenstand‘, den man ‚ergreift‘).“ (2) Um dieses neue Verhältnis der Klassen soll es hier gehen, um den Ausgangspunkt, der im Oktober 1917 sichtbar wird, der einer Weiterentwicklung der neuen Verhältnisse zum Sozialismus Chancen bietet und der Grenzen setzt, die im Kriegskommunismus ebenso wirksam werden wie in NEP oder Zwangskollektivierung, ja der in seinen Auswirkungen noch heute den Schwierigkeiten der sowjetischen Landwirtschaft und Industrie mit zugrundeliegt.

Natürlich kann die gesamte Geschichte der Sowjetunion nicht unabhängig von ihrer Konfrontation zu den kapitalistischen Ländern, zum kapitalistischen Weltmarkt, gesehen werden. Doch wie immer modifizierend und die Richtung der Politik bestimmend dies gewirkt haben mag, – es soll hier vorerst am Rande der Betrachtung bleiben, weil dadurch die inneren Verhältnisse

1 Charles Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd. 1, 1917 - 1923, Berlin 1975, S. 46 f.

2 Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 80

zwar stets berührt in ihrem Kern jedoch nicht entscheidend verändert wurden. Das Verhältnis des alten Rußland zum Weltmarkt geht hier insofern ein, als zum einen der imperialistische Krieg ein wesentliches Bestimmungsmoment der Arbeiter- und Bauernkämpfe bildete, zum anderen die spezifische Form der Einbindung Rußlands in den Weltmarkt besondere gesellschaftliche Strukturen – das Verhältnis von Stadt und Land, von kapitalistischer Industrie und ländlicher Warenproduktion auf Basis erschütterter, nicht aber im Kapitalverhältnis aufgelöster unmittelbarer Herrschaftsbeziehungen – hervorbrachte, die den Charakter der Revolution entscheidend vorprägten (3).

Auf spätere Veränderungen, bedingt durch Kriegskommunismus, NEP oder Stalinsche Industrialisierung kann hier nicht näher eingegangen werden. Es wäre zu untersuchen, wie durch sie die von der Revolution geschaffenen Ausgangsbedingungen in ihrem strukturellen Zusammenhang berührt wurden. Auf dieser Basis könnte man schließlich Aussagen über die heutige Gestalt der sowjetischen Produktionsverhältnisse treffen.

2. Arbeiter- und Bauernbewegung unter dem Zarismus

Seit der zaristische Staat sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Träger der kapitalistischen Entwicklung Rußlands gemacht hatte, verwandelte sich sein Verhältnis zu den Bauern. Nunmehr galt sein Interesse weniger ihrer Niederhaltung als Revenuequelle der Großgrundbesitzer bzw. als Armeereservoir. Der industrielle „Fortschritt“ bedurfte der Bauern als *der* Finanzierungsquelle schlechthin; je mehr aus ihnen herausgepreßt werden konnte, desto weniger Verschuldung ans ausländische Kapital war nötig. Das bedeutete „nichts anderes als daß die Millionenmasse des russischen Bauernvolks für die Kosten des industriellen Fortschritts einzustehen hatte.“ (4) Andererseits spielte sich dieses Funktionalisieren vorkapitalistischer ländlicher Produktionsverhältnisse für die kapitalistischen Interessen nicht analog dem „klassischen“ Weg der Freisetzung der Bauern von ihren Produktionsbedingungen, ihrer Verwandlung in „freie“ Lohnarbeiter ab. Vielmehr mußten sie im Interesse ihrer finanziellen Auspreßbarkeit *auf dem Land festgehalten* werden (vgl. Migrationsgesetze), ohne auch nur die geringste Chance zu besitzen auf Verbesserung ihrer Lebensbe-

3 Vgl. Anmerkung 5

4 Dietrich Geyer, Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968, S. 23

dingungen (5).

Der Staat trat somit den Bauern in Gestalt des Steuereintreibers, des Großgrundbesitzers entgegen, der sie durch die ungeheure Belastung zur Erhöhung ihrer Produktion für den Markt zwang. „Auf diese Weise konnte sie (die zaristische Regierung, d. Verf.) den landwirtschaftlichen Export, vorab die Getreideausfuhr, forcieren und damit eine aktive Handelsbilanz erreichen.“ (6)

Andererseits jedoch ließen Steuerdruck und ländliche Produktionsverhältnisse keine Verbesserung der Agrartechnologie zu, so daß die Lage der Bauern sich progressiv verschlechterte. Die Industrie entzog ihnen zudem die Möglichkeit, ihre Produktion auf der Basis traditioneller Heimarbeit abzusichern. „Der Bauer blieb der Hungerkonkurrent der russischen Fabrik, außerstande, sich selbst aus dem Elend zu ziehen.“ (7) „Was sich spätestens seit den neunziger Jahren in Rußland darbot, war eine agrarische Dauerkrise, die sich in wiederkehrenden Katastrophen entlud, in exzessiven Hungerepidemien, in Massenelend von so gewaltigen Dimensionen, daß den gesitteten Zeitungsleser damals schon jenes Schaudern überkam, das so manche von uns empfinden mögen, wenn Berichte vom Massensterben in Indien kommen und wenn sich ergibt, daß weder publizitätsfreudige Mildtätigkeit noch etatisierte Entwicklungshilfe das Übel zum Verschwinden bringen.“ (8)

Dazu hätte es einer gewaltigen und tiefgreifenden Umstrukturierung der ländlichen Produktionsverhältnisse bedurft, was der zaristische Staat in den Reformen von 1861 bzw. 1906 weder leisten wollte, noch konnte. Beide Reformen gaben den Bauern nicht das Land, von dem sie sich eine gesicherte Ernährungsgrundlage erhofften. „Der Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Bauern mit der Reform von 1861 war die Tatsache, daß ihnen zu wenig Land versprochen wurde. Sie hatten zumindest erwartet, daß sie das Land, das sie vor der Bauernbefreiung bearbeiteten, auch behalten dürften. Die Festlegung von Mindestanteilen für die Bauern, die je nach Gegend unterschiedlich groß waren, führte jedoch fast überall zur Verkleinerung des bäuerli-

5 In diesem Widerspruch von Auflösung und Zementierung der ländlichen Herrschaftsverhältnisse wäre wohl die Ursache für den eigenartigen Gegensatz von Stadt und Land in der folgenden Zeit zu suchen, nicht so sehr in irgendwelcher mehr oder weniger „asiatischen“ Historie. Es gälte, die spezifische Form des russischen industriellen Kapitalisierungsprozesses in seiner Abhängigkeit von den damals bereits entwickelten kapitalistischen Ländern und die Auswirkungen dieser Beziehungen auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft des zaristischen Rußland zu untersuchen. Auf diese Weise käme man wohl eher dazu, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu begreifen, die schließlich zur Oktoberrevolution führten.

Das kann hier natürlich nicht geleistet werden. Dieser Aufsatz wird sich nur mit der Art und Weise beschäftigen, in der den russischen Arbeitern und Bauern Staat und Gesellschaft seit Beginn der Industrialisierung in Erscheinung traten, um daraus einige Folgerungen für die Ziele der Klassenkämpfe bis 1917 zu ziehen. Es versteht sich von selbst, daß erst deren wirkliche Vermittlung mit den gesellschaftlichen Grundbestimmungen zu einer stichhaltigen Erklärung der Oktoberrevolution führen kann. Der vorliegende Beitrag ist als ein erster Schritt in diese Richtung zu verstehen.

6 Richard Lorenz, Vorwort zu: Leo Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt/M. 1971, S. 15

7 Geyer, Russische Revolution, S. 24

8 ebenda

chen Landanteils.“ (9) Die größten Verluste mußten die Bauern im zentralen Schwarz-erdegebiet, an der Wolga und in den Steppenregionen hinnehmen (etwa 20 bis 40 Prozent). Sicherlich erklärt es sich zum Teil hieraus, daß die Sozialrevolutionäre Partei ihre Hauptstützpunkte im zentralen Schwarzerdegebiet und an der mittleren Wolga besaß.

Neben der Konzentration des Landes in Händen der Großgrundbesitzer kam es im Gefolge der Reform von 1861 zu höherer Verschuldung der Bauern (Loskaufverfahren!), die sie nicht nur auf dem Land festband, sondern auch aufgrund der Steuerverantwortung der gesamten Obschtschina gegenüber dem Staat noch tiefer in Abhängigkeit von den Gutsbesitzern brachte.

Die Stolypinsche Reform eröffnete zwar die Möglichkeit, aus der Dorfgemeinde auszuscheren, sich also von der direkten Unterwerfung unter den Gutsherren zu befreien, doch hatte dies zur Voraussetzung, daß ein Bauer über genügend Land verfügen konnte, um sich wenigstens als einfacher Warenproduzent zu behaupten. Dagegen wurden diejenigen Bauern, die ihr Landanteil vorher nicht ernähren konnte, der weiteren Verelendung preisgegeben, da sie als Privatproduzenten innerhalb wie außerhalb der Obschtschina nicht zu existieren vermochten (10).

Das Elend der Bauern schien folglich von zwei Ursachen hervorgerufen: ihrem zu geringen Landbesitz und ihrer Unterworfenheit unter den Großgrundbesitzer als Steuereintreiber wie dem Wucherer als seinem Komplizen, welche nur „Kopf und Zahl“ derselben Münze waren. Das strukturell gesellschaftliche Problem erschien personifiziert im Gutsherrn, die Befreiung von ihm mußte für die Bauern den Schlüssel zur Lösung beider Probleme bilden: „Land und Freiheit“! Daher erklärt es sich wohl, daß die Bauernrevolten oft im buchstäblichen Sinne über die Leiche der Großgrundbesitzers gingen (auch und besonders im Sommer und Herbst 1917), ihre lokale Beschränktheit aber nie überwinden konnten. Mit einer Ausnahme: als den Bauern die nationale Zusammenfassung ihrer Revolten durch die Revolution der städtischen Lohnarbeiter geboten wurde.

Die Arbeiterbewegung war ihrerseits auch vom besonderen Charakter der deformierten Gesellschaftsstruktur des zaristischen Rußland geprägt. Anders jedoch als die Bauern waren die Arbeiter dem Staat unmittelbar in seiner Eigenschaft als Repressionsapparat konfrontiert. Schon Auseinandersetzungen um kleinere Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen waren durch staatliche Sanktionen bedroht. „Solange der bürokratische Polizeistaat jede freie Assoziation verwehrt und den Arbeitern weder das Versammlungs- noch das Streikrecht zugestand (was er bis zu seinem gewaltsamen Ende im Februar 1917 (11) mit nur geringfügigen Abstrichen tat, d. Verf.), konnte die Kraft dieser jungen Bewegung (gemeint sind die Anfänge

9 Harry T. Willets, Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform, in: Dietrich Geyer (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975, S. 172

10 Spätestens mit Stolypins Agrarreform war also aufgrund der spezifisch deformierten Art der Kapitalisierung Rußlands der Kollektivcharakter der alten russischen Dorfgemeinde zerstört. Daher scheint es mir müßig, im Anschluß an Marxens Überlegungen (vgl. MEW 19, S. 242 f., 384 ff.) über die Obschtschina als möglichen Kristallisationskern einer sozialistischen Entwicklung auf dem Land zu spekulieren.

11 Alle Zeitangaben vor dem 1.2.1918 nach dem alten Kalender.

der russischen Arbeiterbewegung in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, d. Verf.) nur in illegalem Widerstand öffentlich in Erscheinung treten. Gerade *das* hat aber auch begrenzten Arbeitskämpfen (um Lohnerhöhungen und kleine Besserungen) von vorneherein große Schärfe gegeben. Polizei und Kosakendetachments vor den Fabrikatoren haben die politische Qualität solcher Auseinandersetzungen immer wieder augenfällig gemacht.“ (12) So dürfte es zu einem guten Teil der zaristischen Selbstherrschaft geschuldet sein, daß sich im russischen Proletariat kein Reformismus deutscher oder englischer Provenienz durchsetzen konnte.

Der Grund für dieses heftige staatliche Reagieren liegt wohl in dem eigenartigen gegenseitigen Angewiesensein von Zarismus und Kapital. Wie das relativ zum Weltmarkt unentwickelte Kapital für seine Verwertung die Protektion des zaristischen Staates gegenüber der ausländischen Konkurrenz und dem Druck der Arbeiter benötigte, ebenso brauchte der Zarismus eine möglichst effiziente kapitalistische Akkumulation, um nicht in ökonomische und politische Abhängigkeit von den schon entwickelten kapitalistischen Ländern zu geraten. Selbstherrschaft und Kapital verbanden sich aufgrund des spezifisch russischen Weges zum Kapitalismus in einer Symbiose, die es der Bourgeoisie unmöglich machen mußte, die Hülle des zaristischen Staates in der Art einer traditionellen bürgerlichen Revolution zu sprengen, ohne die eigene Herrschaft zu gefährden. Dies ist der Sinn der Rede von der Unfähigkeit des russischen Bürgertums, die ihm historisch zukommenden Aufgaben wahrnehmen zu können (13).

Dem Bürgertum konnte allenfalls daran gelegen sein, die Umwandlung des zaristischen in einen bürgerlichen Staat auf „kaltem Wege“ anzustreben. Ob darin eine reale Chance lag oder nicht, kann dahingestellt bleiben angesichts der Tatsache, daß die Ereignisse des Jahres 1917 die Hoffnungen der Bourgeoisie durchkreuzten. Von der Bedeutung für die hier verfolgte Problemstellung ist es, die eigenartige, der o. g. Symbiose geschuldete Erscheinungsweise des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in ihren Auswirkungen auf die Kämpfe der Arbeiter zu erkennen. Staat und Kapital erfuhren die Arbeiter als *unmittelbar eins!* Diese scheinbare Einheit zeitigte einerseits von vorneherein unvergleichlich militante und über die „ökonomischen“ Interessen hinausweisende Perspektiven der politischen Revolution, kostete aber andererseits den Preis, den zaristischen Staat nicht als politische Organisationsform bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse erscheinen zu lassen, sondern als reine Repressionsmaschine.

Die Beziehung von Lohnarbeit und Kapital der Fabrik schien gleich der des Staates zur Arbeiter- und Bauernschaft reines Gewaltverhältnis zu sein. Daher – und nicht, weil Lenin Marx „falsch verstanden“ hätte – findet sich in Lenins Kapital- und Staatsbegriff eine Personifizierung des Kapitalverhältnisses sowie ein Staatsverständnis, das die Unterdrückungsfunktion gegenüber der inneren Vermitteltheit mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen hervorhebt (ganz abgesehen davon, daß die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ analog jener in Westeuropa ohnehin

12 Geyer, Russische Revolution, S. 29

13 Vgl. Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, S. 68 ff.

nicht stattfand) (14). Auch die bolschewistische Reduzierung von Kapitalverhältnis auf Privateigentum, die dem gesamten Sozialismusbegriff zugrundeliegt, hat wohl hier ihren Ursprung.

3. Vom Februar zum Oktober

Dieselbe Symbiose mit dem Zarismus, die das Bürgertum in den geschilderten spezifischen Gegensatz zur Arbeiterklasse brachte, stellte die Interessen des Kapitals in eine Reihe mit denen des Großgrundbesitzes. Den Zarismus benötigen, bedeutete unweigerlich: die gesellschaftliche Basis der Selbstherrschaft auf dem Land, den Großgrundbesitz stützen. Und dies umso mehr, als sich Bourgeoisie und Großgrundbesitz in einem von ihnen gemeinsam getragenen Krieg befanden. Daher wies Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ völlig richtig darauf hin (15), daß selbst die im Grunde kleinbürgerlichen Ziele der Bauern – nicht Abschaffung, sondern Neuverteilung des Privateigentums am Grund und Boden – bedingt durch die spezifisch russischen Voraussetzungen nicht mehr im Rahmen des ancien regime erreichbar waren: was in Frankreich noch konstituierendes Moment der bürgerlichen Revolution war, mußte in Rußland schon „sozialistischen“ Charakter annehmen. Denn die Landverteilung mußte gegen das heilige Privateigentum erkämpft werden; sie mußte daher von Sozialisten getragen werden, nicht weil sie sozialistisch gewesen wäre, sondern weil sie kapitalistisch nicht sein konnte.

So stellte sich in Rußland das eigenartige Phänomen ein, daß sowohl Arbeiter als auch Bauern selbst dann auf den kompromißlosen Widerstand des Staates und der Herrschenden stießen, wenn sie Forderungen erhoben, die im Rahmen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften – also etwa im zeitgenössischen Deutschland oder England – ohne prinzipielle Infragestellen der sozialen Verhältnisse durchsetzbar waren. Aus diesem Umstand wird begreifbar, weshalb in Rußland im Unterschied zu den westeuropäischen Ländern ein breites Spektrum sich sozialistisch verstehender Parteien entstand, deren wirkliche Ziele jedoch – wie sich im Verlauf des revolutionären Prozesses herausstellen sollte – nicht unbedingt sozialistisch waren.

Eine Analyse des gesellschaftlichen Charakters der Revolution hat folglich genau zu unterscheiden zwischen dem, „was Jemand zu sein vorgibt, und dem, was er wirklich ist“ (16). Will man den Parteien aber nichts „aufs Wort“ glauben, so ist zu untersuchen, welche konkreten Ziele von der revolutionären Bewegung selbst formuliert und realisiert wurden, um hieraus die Möglichkeiten und Grenzen der sozialistischen Bewegung im Rußland des Jahres 1917 zu erkennen.

Für die Bauern schien mit dem Sieg der Februarrevolution die Voraussetzung zur Lösung der Landfrage geschaffen. Die von der Provisorischen Regierung verspro-

14 Vgl. Projekt Klassenanalyse, Leninismus – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, West-Berlin 1972, S. 47 ff., 419 ff.

15 Vgl. Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 332 ff.

16 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Berlin 1969, S. 49

chene Konstituante würde sich dieses Problems annehmen und den Landhunger der Bauern befriedigen. Daher war die Lage auf dem Land unmittelbar nach dem Sieg über den Zarismus relativ ruhig. Nur die Gutsbesitzer begannen um ihre Position zu fürchten. „An vielen Orten hielten die Gutsbesitzer, durch die Revolution erschrocken, mit der Frühljahrsaussaat zurück. Bei der schwierigen Ernährungslage des Landes schrie der unbestellte Boden gleichsam nach einem neuen Herrn.“ (17) Viele Grundherren nahmen Scheinverkäufe von Land vor, um ihren „eigenen“ Besitz soweit zu verkleinern, daß er von der nun nicht mehr zu vermeidenden Landreform nicht berührt wurde.

Das alles spielte sich vor den Augen der Bauern ab, die sich ausrechnen konnten, schließlich wieder die Geprellten zu sein, wenn die Entscheidung über die Agrarreform nicht schnell fiel. Sie begannen schon im Laufe des März 1917 sich selbständig Land anzueignen und Gutsbesitzer zu vertreiben und stießen sogleich auf den Widerstand der Provisorischen Regierung, die mit allen Mitteln versuchte, die Bewegung einzudämmen, es allerdings noch nicht wagte, über die Androhung von Gewalt hinauszugehen.

Die Formen der Landaneignung entsprachen dem Blickwinkel, unter dem die Bauern ihre eigene Unterdrückung begriffen. Sie zerteilten den Bodenbesitz ihres Grundherren, ohne sich selbst um übergreifende lokale, regionale oder gar überregionale Organe der Machtausübung zu kümmern. „Gewiß organisiert sich die ‚Bauernschaft‘ seit dem Frühjahr 1917. Schwepunkt der Organisation der ‚Bauernschaft‘ ist jedoch nicht das Sowjetsystem, sondern das System der *Agrarkomitees*, die sich hauptsächlich auf Gouvernements-, Bezirks- und Kreisebene, also *weit entfernt von den Dörfern* bilden. Diese Komitees arbeiten mit der Provisorischen Regierung zusammen. Sie werden vom ‚ländlichen‘ Kleinbürgertum (Agronomen, Lehrer, Vertreter des Semstwo, Genossenschaftsleiter usw.) beherrscht. Politisch stehen diese Komitees unter dem massiven Einfluß der Sozialrevolutionäre, und die Situation verändert sich zwischen Februar und Oktober kaum.“ (18) Sofern überhaupt Bauernsowjets entstanden, wurden sie meist von den wohlhabenden Bauern beherrscht, die in den Sowjets in erster Linie ein Gegengewicht zu den radikalen städtischen Räten erblickten. Auch das Landproletariat schuf Sowjets nur in den Ostseeprovinzen, sie schlossen sich der Landnahme als Lösung ihrer Probleme an, nachdem diese einmal in Gang gekommen war.

Die Bauern, sofern sie wirkliche Träger der revolutionären Bewegung waren, interessierte zuallererst das Land; „sie stellten nicht die Machtfrage“ (19). Auf diese Weise konnten weiterhin die Sozialrevolutionäre die bäuerlichen Vertretungsorgane dominieren, obgleich dieselben Sozialrevolutionäre als Mitglieder der Regierung, Koalitionspartner von Kadetten und Menschewiki, zu den schärfsten Gegnern der Landnahme zählten.

Im Grunde drückte sich darin nur das prinzipielle Dilemma der Bauernbewegung aus, das Dilemma nämlich, den eigenen Anspruch auf ausreichendes Privatei-

17 Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 1, Februarrevolution, Frankfurt/M. 1973, S. 329

18 Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 69 f.

19 ebenda, S. 70

gentum an Grund und Boden — die alte Forderung der Sozialrevolutionäre — nur durch Angriff auf eben dieses Privateigentum — dem Schutzbefohlenen der Provisorischen Regierung — erlangen zu können. Da die gesellschaftliche Herrschaft von Bourgeoisie und Großgrundbesitz von der Februarrevolution nicht angetastet worden war, mußten die Forderungen der Bauern sich zu ihrer Durchsetzung des Vehikels der Oktoberrevolution bedienen. In Trotzki's Worten: „Damit der Bauer den Boden säubern und von Zäunen befreien konnte (allerdings zum Zwecke der Errichtung neuer Zäune!, d. Verf.), mußte an die Spitze des Staates der Arbeiter treten: dies ist die einfachste Formel der Oktoberrevolution.“ (20)

Die Kämpfe der Bauern mußten also eine Loslösung von Privateigentumsverhältnissen implizieren, ohne daß dies von den Bauern als solche bewußt gewollt wäre, ohne daß die Bauern selbst sich den Sozialismus zum Ziele setzten. Exakt in dieser widersprüchlichen Weise war denn auch ihr Verhältnis zu den Bolschewiki bestimmt: Sie folgten den Bolschewiki, anerkannten und stützten deren politische Führung, da sie nur so ihr Land bekommen konnten; andererseits widersprach der sozialistische Anspruch der Bolschewiki ihren Bedürfnissen nach individueller Landbestellung als Privatproduzent. Solange jedoch der Großgrundbesitz fortexistierte, konnte dieser innere Widerspruch latent bleiben, zumal sich die Bolschewiki das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre zu eigen machten. Das Problem der folgenden Revolution war daher, über „bürgerliche“ Produktionsverhältnisse hinausgehen zu müssen, um die Agrarfrage im „bürgerlichen“ Sinne der Bauern lösen zu können, um damit aber unweigerlich in Konflikt mit denselben Bauern zu geraten. Derselbe Bauer, ohne den die Oktoberrevolution undenkbar war, mußte zum Hemmschuh ihres eigenen Fortganges werden.

Für die weitere Entwicklung nach dem Februar 1917 war es daher wohl zugleich Voraussetzung wie hemmendes Moment, daß die notwendige gesellschaftliche Umwälzung den Bauern nicht als solche in Erscheinung trat. Hätten sie nämlich den objektiven Charakter der Landnahme erkennen können, so hätte dies wohl einen Rückfall in die jahrhundertlang geübte Apathie bedeutet: ihre Ansprüche wären zerrieben gewesen zwischen Gutsherren und Kommunisten. Gerade weil ihnen aber jener gesellschaftliche Charakter ihrer eigenen Bewegung verborgen blieb, konnte sie sich entfalten — dies aber, was das Bewußtsein der Bauern anbetrifft, zum Preis der Reduzierung auf einen Kampf gegen den Gutsherren und eine Regierung, die sich zu dessen Komplizen machte, zugunsten einer bauernfreundlichen Regierung.

Die Auseinandersetzungen der folgenden Monate befestigten diese Sichtweise. Die Position der Gutsbesitzer erstarkte in dem Maße wieder, in dem die Provisorische Regierung — aus welchen Gründen auch immer — die Konstituante hinausschob und sich so subjektiv und objektiv zum Sachwalter der überkommenen Verhältnisse machte. Bis Juli 1917 wandte sie den Bauern gegenüber nur das Mittel des guten Zuredens und der Drohung mit Gewalt an. Erst die von den „Minister-Kapitalisten“ gereinigte Kerenski-Regierung vom Juli setzte sich in offenen Gegensatz zu den Interessen der Bauern. Sie beschloß das Ergreifen „schneller und entschiedener Maßnahmen zur Unterbindung aller eigenmächtigen Handlungen auf dem Gebiete des Bodenbesitzes“ (21)

20 Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2/1, S. 720

21 Zit. bei Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2/1, S. 504

Von nun an verteidigte die Regierung das Land der Gutsherren zum Teil mit Waffengewalt und unterließ gleichzeitig jegliche Initiative zur Lösung des Agrarproblems. Die Staatsberatung vom August 1917 enthüllte sinnfällig, daß die Regierung nicht willens war, die Landfrage anzugehen. Mit dem Putschversuch Kornilows und der Antwort Kerenskis, die Beziehungen zur Reaktion wieder anzuknüpfen, wurde den Bauern wohl klar, was sie von dieser Regierung *nicht* zu erwarten hatten: die Lösung des Agrarproblems. Vielmehr schien man am selben Punkt zu stehen wie vor dem Februarumsturz, konfrontiert einer ungebrochenen Einheit von Großgrundbesitz und Staat, was auf dem Hintergrund der faktisch schon ungeheuer weit vorangeschrittenen gewaltsamen Landaneignung die Bauern vor die Alternative stellte: Sturz der Regierung oder totale Niederlage und Rückkehr der Gutsherren! Dies umso mehr, als dieselbe Regierung für die Weiterführung eines Krieges verantwortlich war, dessen Beendigung schon die Februarrevolution hatte garantieren sollen. „Die Meuterei der Armee . . . setzte bereits in den Wochen unmittelbar nach dem Februarumsturz ein . . . Vielfach glaubten die Soldaten, daß mit dem Sturz des Zarismus auch der Krieg zu Ende sei – darin erblickten sie den grundlegenden Sinn der Revolution.“ (22)

Doch die Provisorische Regierung führte ihn weiter, ja verfolgte die alten Kriegsziele (Miljukows Dardanellen-Abenteuer!). Eine gewisse Beruhigung trat ein, als es schien, als hätte der Druck der Massen mit Miljukows Entlassung es Kerenski ermöglicht, die von ihm erwartete Friedenspolitik zu betreiben. Doch schon die Regierungserklärung der Koalition vom Mai 1917 ließ die Absicht einer Fortführung des Krieges erkennen. Sommeroffensive und Verhalten der Regierung im September/Oktober 1917 stellten schließlich vollends klar, daß ein Friede im Sinne der Arbeiter und Bauern, also schnellstmöglich sowie ohne Annexionen und Kontributionen, den Sturz der Regierung voraussetzte.

Hier lag nun der Punkt, an dem die objektiv gegen die bürgerliche Klasse gerichteten Forderungen der Bauern (Landreform) und der Arbeiter (Betriebskonflikte – s. u.) sich zu subjektiver Gemeinsamkeit fanden. Scherten sich die Bauern im allgemeinen nicht darum, was in den Fabriken vorging und was die Arbeiter wollten, so bildete für diese das Anliegen der Bauern eher die Abstützung ihres Kampfes auf dem flachen Land als irgendeinen konkreten Kampfinhalt selbst. Die Forderung nach Frieden führte beide Bewegungen realiter zusammen; wie Arbeiter und Bauern als Soldaten gemeinsam für den Frieden kämpften, so konnten sie es auf politischer Ebene in der Auseinandersetzung mit der Provisorischen Regierung tun. Was auf seiten der Herrschenden Vereinigung von Bourgeoisie und Großgrundbesitz *für* den Krieg hieß, bedeutete auf der anderen Seite: Vereinigung von Bauern und Lohnarbeitern *gegen* den Krieg. Der Sieg der Oktoberrevolution resultierte so letztlich wohl aus der durch den Krieg hergestellten Verknüpfung der Arbeiter- und Bauernkämpfe, weil hier das, was für den Bauern Zarismus und Provisorische Regierung bedeutete, zusammenfiel mit dem, was es für den Arbeiter bedeutete. Ein weiteres Moment für die Erklärung der Wucht des revolutionären Prozesses dürfte darin liegen, daß gerade der Krieg gleichzeitig Agrarfrage, Hunger und Unterdrückung in dem Maß akut

22 Richard Lorenz, Die Sowjetunion (1917 - 1941), in: Fischer Weltgeschichte, Bd. 31. Rußland, Frankfurt/M. 1972, S. 276

werden ließ, in dem die Herrschenden unfähig wurden, diese Probleme zu lösen.

Auf der anderen Seite hatte diese spezifische Bestimmtheit der Klassenkämpfe durch den Krieg auch spezifische Einschränkungen und Modifikationen der revolutionären Ziele zur Folge. Da nämlich ein Frieden, wie ihn die Arbeiter und Bauern verlangten, wie die Lösung der Landfrage nur durch Umwälzung der Klassenverhältnisse, die im Sturz der Regierung ihren *Ausdruck* fanden, möglich war, konnte die Notwendigkeit des Aufbaus neuer gesellschaftlicher Beziehungen hinter dem Regierungswechsel aus dem Blick verschwinden. Dieses, die spätere Entwicklung hemmende Moment war gleichermaßen objektive Bedingungen für die Einbeziehung der Bauern in den Kampf (vgl. oben zur Landfrage).

Nicht zufällig konzentrierte sich die Agitation unmittelbar vor dem Oktoberaufstand auf die Parolen „Nieder mit Kerenski!“, „Nieder mit dem Krieg!“ und „Alle Macht den Sowjets!“ (23). In diesen Forderungen war das einheitsstiftende Moment von Arbeiter- und Bauernbewegung formuliert.

Dagegen implizierte der Kampf des Proletariats Ziele, die mit jenen der Bauern früher oder später kollidieren mußten. Allerdings entwickelte sich diese Situation erst im Laufe der Klassenauseinandersetzungen zwischen Februar und Oktober 1917.

Zunächst überschritten die Arbeiter weder subjektiv noch objektiv die Grenzen des Kapitalverhältnisses. Es kam zwar im Frühjahr zu harten Auseinandersetzungen; die gesellschaftlichen Verhältnisse wurden dabei aber nicht in Frage gestellt (Durchsetzung des Achtsturentages, Lohnerhöhungen, Verhinderung von Entlassungen). Die im Zuge der Februarrevolution entstandenen Betriebskomitees standen voll hinter der Provisorischen Regierung und gingen nur sporadisch gegen besonders verhaßte Unternehmer und/oder Manager vor. „Welches im einzelnen auch immer die Gründe gewesen sein mögen, eine Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse beabsichtigten die Komitees vorerst nicht.“ (24) Vielmehr „setzten die Betriebskomitees ihre Autorität für höhere Arbeitsproduktivität und festere Arbeitsdisziplin ein. Es ging ihnen vor allem darum, die kämpfende Truppe mit Kriegsmaterial zu versorgen. Dennoch forderte die Masse der Arbeiter und Soldaten nicht den Frieden um jeden Preis. d. h. den sofortigen Austritt Rußlands aus dem Krieg, sondern nur einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.“ (25)

Die Radikalisierung schritt aber schnell voran. Lehnten die Komitees der Petrograder Rüstungsbetriebe auf ihrer ersten Konferenz Mitte März noch die Übernahme jeglicher Verantwortung für die Produktion ab, so erhoben sie schon einen Monat später auf der zweiten Konferenz die Forderung nach Arbeiterkontrolle. Brüggmann weist darauf hin, daß anfangs auch diese Forderung sich nicht aus einem revolutionären Anspruch herleitete, sondern noch immer aus dem Bestreben, den völligen Ruin der russischen Wirtschaft zu verhindern. Dieser schien gerade wegen des störrischen Verhaltens der Unternehmer zu drohen, „wegen ihrer Weigerung, staatlicher Organisation und Lenkung in einem System der Kriegswirtschaft analog dem deutschen

23 Vgl. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2/2, S. 788

24 Uwe Brüggmann, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg 1917-1919, Frankfurt/M. 1972, S. 33

25 ebenda

Vorbild zuzustimmen. Die Arbeiterkontrolle jener Anfangsphase sollte gewissermaßen die nicht erreichte Staatskontrolle kompensieren (26).

Bald aber wurde dieses Stadium überwunden; die Arbeiterkontrolle erschien nun „als Schule der Selbstverwaltung im Hinblick auf die sozialistische Revolution“ (27). Dies ein Verständnis, das die Putilov-Arbeiter schon Ende April zum Ausdruck brachten und das sich im Laufe der Frühjahrs- und Sommermonate parallel zur rapiden Verschlechterung der Reproduktionsmöglichkeiten des Proletariats, der Fortsetzung des Krieges und der Abwendung von der Provisorischen Regierung verbreitete. Zwar verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach der Februarrevolution für kurze Zeit; ab Mai jedoch verschlimmerte sich die Situation unaufhaltsam. Nach Brüggmann (28) konnten die erkämpften Lohnsteigerungen die Inflationsrate nicht einmal zur Hälfte ausgleichen: „... die Arbeiter forderten feste Minimallöhne, die Unternehmer widersetzten sich, die Konflikte in den Betrieben nahmen ununterbrochen zu. Die Ernährungslage verschlechterte sich, die Brotration wurde kleiner, sogar für Graupen führte man Karten ein.“ (29) „Im Herbst herrschte jedenfalls in 20 der 43 Gouvernements des europäischen Rußlands Hungersnot.“ (30)

Als verschärfendes Moment wirkten die Betriebsschließungen, die nach der Machtprobe von Anfang Juli „Massencharakter“ (Lorenz) annahmen. Durch sie verloren zwischen März und September 1917 rund 165.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Es ist bis heute ungeklärt, inwieweit diese Stilllegungen von der fortschreitenden Desorganisation der Ökonomie bedingt waren (Roh- und Treibstoffmangel) und inwieweit sie bewußt von den Unternehmern als Druckmittel gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft bzw. der „Nachgiebigkeit“ der Provisorischen Regierung eingesetzt wurden (31). Sicher ist indes eines: Den Arbeitern *erschien* die massenhafte Schließung von Fabriken als Willkürakt der Unternehmer. In einigen Fällen war die Sabotage so offensichtlich, daß die Industriellen infolge der Enthüllungen der Betriebskomitees gezwungen wurden, die Fabriken wieder zu öffnen.“ (32)

Welche Rolle aber das gezielte Vorgehen der Unternehmer in Form von Finanztricks, Beiseiteschaffen von Material bis hin zu Zerstörung der Maschinen auch immer gespielt haben mag, das für die hier vorliegende Fragestellung nach dem objektiven Charakter der Arbeiterbewegung Entscheidende liegt darin, daß die Arbeiterklasse den Klassenkampf „von oben“ als blanken Terror, ja als Betrug am gesamten russischen Volk auffaßte. Selbst die Bolschewiki begriffen die Situation in diesem Sinne: „Auf dem Rätekongreß im Juni forderte Lenin ernste Maßnahmen gegen die Aussperrung, Ausplünderung und planmäßige Zersetzung des Wirtschaftslebens seitens der Industriellen und Bankiers. „Veröffentlicht die Gewinne der Herren Kapita-

26 Vgl. ebenda, S. 36 ff.

27 ebenda, S. 39

28 Vgl. ebenda, S. 78 f.

29 Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 1, S. 283. Vgl. Richard Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Köln 1965, S. 26 ff.

30 Brüggmann, Gewerkschaften, S. 79

31 Vgl. William H. Chamberlin, Die russische Revolution 1917 - 1921, Bd. 1, Frankfurt/M. 1958, S. 246

32 Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 1, S. 348

listen, verhaftet fünfzig oder hundert der reichsten Millionäre . . . mit dem einfachen Zwecke, sie zu zwingen, die Fäden, die Betrugsmanöver, den Schmutz und Eigennutz aufzudecken, die auch unter der neuen Regierung unser Land Millionen kosten.““ (33) Trotzki selbst spricht im Nachhinein von einer „Verschwörung“ der Industriellen „gegen die Nation“ (34)!

Diese Argumentation der Bolschewiki blieb bis zur Oktoberrevolution im Kern unverändert und bildete neben der Friedensforderung den zweiten Brennpunkt ihrer Agitation, mit der sie im Oktober schließlich die Massen auf ihrer Seite hatten, was ja nichts anderes bedeutet, als daß in dieser Form der Kritik an den herrschenden Zuständen das damalige Bewußtsein der Arbeitermassen selbst formuliert ist.

Gleichzeitig ist mit der konkreten Form der Kritik auch schon die Lösung der Probleme angegeben. Geht nämlich die ökonomische Katastrophe auf einen Machtmißbrauch der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter zurück, nicht aber auf das gesellschaftliche Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, so folgt als Konsequenz anstelle einer Aufhebung des Lohnarbeitsverhältnisses die Verdrängung der Unternehmer aus ihren Machtpositionen, der Entzug der Machtmittel, die solchen Mißbrauch möglich machen, die Verwaltung der Lohnarbeit mehr oder weniger durch die Lohnarbeiter selbst (35).

Dies der Grundgedanke der Forderung nach „Arbeiterkontrolle“. Sie zielte zu keinem Zeitpunkt vor dem Oktober 1917 auf eine wirkliche Sozialisierung der Produktion; vielmehr ging es um die Kontrolle „über die Produktion und Verteilung der Erzeugnisse“, „Einsicht in alle Handels- und Bankbücher“, Kontrolle über „alle Finanz- und Bankoperationen“ mit dem Ziel einer „völligen Regulierung der Produktion und Verteilung der Erzeugnisse“ (36). „Die Teilnahme jener Arbeitgeber, die sich nicht von der Produktion zurückgezogen haben, sowie des technischen Personals sollte obligatorisch sein.“ (37)

Auch im August/September bewegten sich die Forderungen der Arbeiter auf der gleichen Ebene. Die Moskauer Lederarbeiter verlangten in einem der bedeutendsten Streiks jener Periode neben anderen Verbesserungen des Lohnverhältnisses (sechs stündige Arbeitszeit an Vorfeiertagen, höhere Löhne, Zeitlohn anstelle (!) des Stücklohns etc. (38) „ein System, das es dem Fabrikkomitee ermöglichte, gegen die Entlassung eines Arbeiters zu protestieren und den Fall vor ein Schiedsgericht zu bringen.“ (39)

33 ebenda, S. 355

34 ebenda

35 Eine Lösung, die sich übrigens der Logik des bolschewistischen Kapitalbegriffs (vgl. oben) bruchlos einfügt. Die „stalinistische“ Gleichsetzung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung findet sich schon hier angelegt.

36 Aus der von den Bolschewiki vorgeschlagenen und vom ersten Kongreß der Petrograder Fabrikkomitees angenommenen Resolution – Juni 1917 (abgedruckt bei Chamberlin, Russische Revolution, Bd. 1, S. 416 f.)

37 ebenda

38 Vgl. ebenda, S. 247; zu diesem gesamten Komplex s. a. Pankratova, Anna M., Fabrikräte in Rußland, Frankfurt/M. 1976, S. 165 ff.

39 ebenda

„Die Textilarbeiter von Iwanowo und Kineschma . . . verlangten auch eine ausgesprochene Arbeiterkontrolle über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, wobei sie vorschlugen, daß ohne Zustimmung der Gewerkschaften Arbeiter weder eingestellt noch entlassen werden dürften.“ (40)

Daß die hier genannten Beispiele durchaus exemplarischen Charakter besitzen, zeigt die erste gesamtrussische Konferenz der Betriebskomitees. Auf ihr stand noch wenige Tage vor dem Oktoberumsturz die Art der Fortführung der Produktion auf kapitalistischer Grundlage im Mittelpunkt der Diskussion, nicht aber der Übergang zum Sozialismus. „Die Tagung befaßte sich mit der Frage, ob zum Zweck der Kontrolle Vertreter der Belegschaft an der Verwaltung des Unternehmens teilnehmen sollten . . . oder ob die Aufsicht durch Kontrollkommissionen, denen das Recht der Einsichtnahme in die gesamte Geschäftsführung zuzustehen hätte, zu verwirklichen sei . . . (41). Man einigte sich auf letzteres, um sich nicht zum Mitschuldigen am Produktionsrückgang zu machen. Die ökonomische Resolution der Bolschewiki, die auf der Konferenz angenommen wurde, „vermeidet vorsichtig jede sozialistische Forderung; Enteignung – Sequestrierung – ist nur als Strafmaßnahme erlaubt; die Grundlagen des kapitalistischen Systems bleiben unangetastet.“ (42)

Zwar sollte sich nach dem Oktober erweisen, daß die Bolschewiki mit ihrer Mäßigung in der Enteignungsforderung weit hinter dem erreichten Stand der Massenbewegung zurückgeblieben waren. Doch bedeutet wohl auch die scheinbar größere Radikalität der Nationalisierungsforderung – wie sie manchmal mit der Arbeiterkontrolle verknüpft wurde – keine qualitativ wirklich verschiedene Stufe der Bewegung im Verhältnis zum Anspruch auf Arbeiterkontrolle.

In keinem der beiden Fälle wird die Aufhebung des Lohnverhältnisses angegangen. Vielmehr handelt es sich um komplementäre Formen der Entmachtung des Unternehmers, denen ein Begreifen des Kapitalverhältnisses als bloßes Gewaltverhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter zugrundeliegt. Einmal beschneidet der Arbeiter selbst, das andere Mal für ihn stellvertretend der (Arbeiter-) Staat die Möglichkeiten der Machtausübung durch den Unternehmer. Daran aber, daß der Arbeiter wesentlich als Lohnarbeiter bestimmt ist, ändert sich nichts. Weder die Entfremdung der Arbeit, noch die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, noch das Unterworfensein des Arbeiters unter das Wertgesetz werden von einer so gearteten Arbeiterbewegung subjektiv begriffen und folglich auch nicht einmal tendenziell aufgehoben (Zur weiteren Entwicklungsmöglichkeit auf Basis solcher Kampfinhalte, s.u.!) (43).

40 ebenda

41 Lorenz, Anfänge, S. 64

42 ebenda, S. 67

43 Wohlgemerkt geht es hier nicht darum, der russischen Arbeiterbewegung den „Vorwurf“ eines historischen „Versäumnisses“ zu machen. Es wurde ja im vorausgegangenen Abschnitt darzulegen versucht, weshalb die revolutionären Massen gerade diese und keine anderen Ziele formulierten (spezifischer Charakter der vorrevolutionären Gesellschaft). Ob der Kampf weitergehende Perspektiven hätte besitzen können, steht hier gar nicht zur Debatte, obgleich es angesichts der Voraussetzungen wohl bezweifelt werden darf. Es soll hier einzig der Charakter der Massenbewegung herausgearbeitet und als *objektive* Basis der weiteren Entwicklung verstanden werden. Will man nämlich heute die Oktoberrevolution be-

Arbeiterkontrolle und Nationalisierung gehören *zusammen*, da die Arbeiterkontrolle die Macht des Kapitalisten nur innerhalb des Betriebes bricht. Nationalisierung bedeutet komplementär dazu die Zerstörung der „Macht“ des Kapitalisten außerhalb des Betriebes, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Begreift man nämlich das Kapitalverhältnis als Machtbeziehung, so konsequenterweise gleichermaßen das Verhältnis von allen Einzelkapitalen und Staat als Beziehung von Mächtigen und Staat, den Staat als *unmittelbar* den Interessen der Mächtigen dienend, ihnen als gesamtgesellschaftlich verlängerter Arm direkt ausgeliefert.

Hat sich aber der Staat potentiell in den Vertreter der Unterdrückten verwandelt (eine Vorstellung, die nur auf dem Hintergrund jenes machttheoretischen Kapitalbegriffs möglich ist), wie es in Rußland nach dem Februar 1917 zunächst schien, so muß den Unternehmern die Chance entzogen werden, ihn für sich zu funktionalisieren. Daher die Rede von den „Schlüsselindustrien“, die zuallererst verstaatlicht werden müßten. Mit ihnen besitzt nämlich – in der Logik jenes Kapitalbegriffs – die Bourgeoisie ein entscheidendes Mittel, um den Staat unter Druck zu setzen (44). Voraussetzung für adäquate Anwendung der Nationalisierung ist in solchem Verständnis natürlich der proletarische Charakter des Staats, der für einen Großteil der russischen Arbeiter lange Zeit – bis in den August hinein – durch die Kerenski-Regierung garantiert schien. In diesem Sinne wandten sich die Arbeiter mit ihrer Forderung nach Nationalisierung an die Administration der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Doch diese machte sich immer mehr zum Hüter der Kapitalinteressen.

Anfangs schien es, als sei die gegen Arbeiter und Bauern gerichtete Politik der Provisorischen Regierung (Fortsetzung des Krieges, Verschleppung der Landreform, ökonomisches Chaos) allein der Mitgliedschaft von Vertretern der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) geschuldet. Daher verlangten die Arbeiter zunächst eine rein „sozialistische“ Regierung, den „Rücktritt der zehn kapitalistischen Minister“ (45).

Nachdem dieses Ziel erreicht war, stellte sich jedoch heraus, daß damit noch immer nicht die Einlösung der Arbeiterforderungen garantiert war. Entgegen den Er-

greifen, dann kann man sich weder nur daran halten, wie sie die Bolschewiki sahen, noch daran, wie man sie selbst gerne sähe. Der hier anvisierte Zugang dürfte wohl nur deshalb relativ ungewohnt sein, weil die historische Entwicklung dafür gesorgt hat, daß die Einschätzung der Sowjetunion oft bloße Bekenntnis- und/oder Kompensationsfunktion (das gilt für Apologeten wie Kritiker) besitzt.

44 Wenn Trotzki im Zusammenhang der Betriebsschließungen von „ökonomischem Defätismus“ der Unternehmer spricht (Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2/1, S. 625), so drückt er exakt dieses machtpolitische Begreifen des Kapitalverhältnisses aus. Der Verwertungszwang des Kapitals und die Tatsache, daß Arbeiterkämpfe in Rußland Bedingungen geschaffen haben, die eine Verwertung von Kapital z. T. nicht mehr zuließen, gerät aus dem Blick. Einstellung der Produktion mangels ausreichender Verwertungsmöglichkeiten muß ja unterschieden werden von der Unmöglichkeit der Produktion mangels entsprechender Gebrauchswerte (Roh- und Hilfsstoffe). Was also dem russischen Proletariat und den Bolschewiki als „Sabotage“, „Defätismus“ usw. erschien, kann durchaus von Notwendigkeiten der Kapitalverwertung hervorgerufen sein. Schließlich setzt jede Form von Klassenkampf der Kapitalverwertung neue, einschränkende Bedingungen.

45 Aus einer „Erklärung der Vertreter von 54 Fabriken auf der Sitzung des Allrussischen Sowjetexekutivkomitees am 17. Juli 1917“, abgedruckt bei Chamberlin, Russische Revolution, Bd. 1, S. 422.

wartungen mauserte sich die Kerenski-Regierung zum Schutzpatron der bestehenden Verhältnisse. Nach dem Anfang Juli mißglückten Umsturzversuch wurden die Bolschewiki sowie teilweise auch die linken Sozialrevolutionäre in die Illegalität getrieben, verfolgt, aus der öffentlichen Diskussion durch Verbot ihrer Presseorgane vertrieben. Gleichzeitig wiederholte man den Treueschwur gegenüber den Alliierten und verschärfte die Strafmaßnahmen für desertierende oder „zurückweichende“ Soldaten (Wiedereinführung der Todesstrafe).

Im August ging die Provisorische Regierung offensiv gegen die Betriebskomitees vor durch Erlaß zweier Zirkulare, die den Komitees eigenmächtige Entlassung oder Einstellung von Arbeitern sowie das Abhalten von Sitzungen während der Arbeitszeit verboten. Dieses Vorgehen schmälerte die Basis, die die Regierung in den Arbeitermassen noch hatte, umso mehr, als es zeitlich mit der Vorbereitung des Kornilow-Putsches zusammenfiel, durch den die Regierung weiter ins Zwielicht geriet.

Sieht man diese Entwicklung noch auf dem Hintergrund der sich verschärfenden ökonomischen Situation, so wird vollends verständlich, weshalb im Oktober die Massen hinter der Parole „Nieder mit Kerenski!“ standen. Wie die Koalition, so erwies sich auch die „sozialistische“ Regierung sogar als unfähig, ein staatlich organisiertes Kriegswirtschaftssystem zu errichten. Es gelang nicht einmal, „die alten, bereits im Zarismus wirksamen Organisationen für seine (des Kerenski-Kabinetts, d. Verf.) Wirtschaftsziele einzuspannen. Die neugegründeten Institutionen, wie der Wirtschaftsrat und das Hauptwirtschaftskomitee, gewannen kaum Einfluß.“ (46) Trotzki faßt das Verhalten der Regierung folgendermaßen zusammen: Sie „predigte den Arbeitern Selbstbescheidung, trat mit den Industriellen in Koalition, entsandte Kosaken in das Donezgebiet und erhöhte um das Doppelte die Preise für Brot und Kriegslieferungen.“ (47)

Im Oktober schließlich hatte sich erwiesen, daß die Provisorische Regierung weder die Forderungen der Bauern noch die der Arbeiter einlösen konnte. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß daher: Sturz der arbeiter- und bauernfeindlichen Regierung zugunsten einer ihnen freundlichen, wofür die Sowjets garantieren sollten. Es hieß unter den vorgegebenen Zielen der Arbeiterkontrolle, Bodenverteilung und sofortigem Friedensschluß: Kampf gegen Großgrundbesitz und Bourgeoisie, Kampf der alten *Gesellschaft*, verhüllt im Kampf gegen den alten *Staat* (48) und seine Nutznießer. Denn weder die Lösung der Bodenfrage, noch die Durchsetzung der Arbeiterkontrolle, noch eine ganze oder teilweise Nationalisierung des Kapitals war mehr im Rahmen der gegebenen Produktionsverhältnisse, durch bloßes Auswechseln der Regierung realisierbar.

Wie auf diese Weise der Sturz der Provisorischen Regierung ein über die alte *Gesellschaft* hinaustreibendes Moment enthält (objektive Seite), so enthält er ande-

46 Lorenz, Anfänge, S. 36

47 Trotzki, Geschichte der Russischen Revolution, Bd. 2/1, S. 624

48 Vgl. Rosenbergs Einschätzung des Oktobers 1917, die auf dieses Problem hindeutet: „Die Parole des bolschewistischen Aufstandes war nicht: Diktatur des Proletariats gegen Demokratie, sondern umgekehrt: Demokratie gegen autokratische Machthaber.“ (Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt/M. 1969, S. 135)

rerseits ein für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft hemmendes Moment (subjektive Seite), das mit Beseitigung der stummen ökonomischen Zwangsverhältnisse (Kapitalverwertung) bzw. der unmittelbaren Herrschaftsverhältnisse des flachen Landes zur materiellen Gewalt, zu einem die weitere Entwicklung bestimmenden Problem werden mußte.

Mit den Streiks im Sommer 1917, mit dieser offenen Konfrontation der Arbeiter gegen die Kapitalinteressen, mit der „Einmischung“ der Arbeiter in Produktion und Verteilung der Waren, mit der Forderung auf Öffnung der Geschäftsbücher, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, Kontrolle der Finanzoperationen und schließlich Enteignung der Unternehmer zum Zwecke der Durchsetzung dieser und anderer Arbeiterforderungen verstießen die Arbeiter objektiv gegen die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, indem die Arbeiter diesen die Anerkennung verweigerten. Dies das nach vorne weisende, antikapitalistische Element der proletarischen Kämpfe.

Andererseits aber das hemmende Moment, das Nichterkennen, das in der *spezifischen Form* des Nichtanernehmens steckte. Denn der Unternehmer wurde als „Saboteur“, als Unterdrücker, als persönlicher Träger ökonomischer Macht bekämpft, nicht aber als Charaktermaske eines gesellschaftlichen Verhältnisses, das auf diese Weise nur objektiv Gegenstand der revolutionären Umwälzung wurde. Seinen geradezu klassischen Ausdruck fand dieser Widerspruch im Verhalten der Arbeiter zu den massenhaften Betriebsschließungen seitens der Unternehmer. Jene Reaktion des Kapitals auf verschlechterte Verwertungsbedingungen erschien ihnen als Akt der Willkür. Indem sie nun folgerichtig (auf dem Hintergrund dieser Vorstellung von Kapital) nicht den Kampf gegen die Lohnarbeit begannen, sondern gegen die Weigerung der Kapitalisten, die Lohnarbeit weiter aufrechtzuerhalten, verstießen sie einerseits gegen die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, ohne andererseits deren wirkliche Aufhebung zu betreiben.

Die unmittelbare Situation selbst verstärkte jenes Massenbewußtsein. Denn insbesondere am Gegenstand der Aussperrung erscheint das Klassenverhältnis nicht als das, was es ist, sondern scheint tatsächlich sich auf die private Verfügungsmacht des Unternehmers über die Produktionsmittel zu reduzieren. Bezieht man darüberhinaus die Betriebserfahrungen des Jahres 1917 auf ihren historischen Hintergrund, auf die Unterdrückungsmethoden der Fabrikherren unter dem Zarismus sowie auf die unmittelbare Komplizenschaft von Untenehmern und zaristischer Staatsgewalt, so wird zusätzlich verständlich, weshalb das revolutionäre Proletariat seinen Blick zuallererst auf die personellen Träger der Ausbeutungsverhältnisse richtete.

Entsprechendes gilt für die Bauern. Die Kämpfe beider Klassen machten sich an ihren Unterdrückern *unmittelbar* fest. Und wie die Forderung nach Frieden die ideologische Klammer beider Kämpfe bildete, so der Widerstand gegen die Provisorische Regierung die *praktisch*-revolutionäre. Da sich diese gegenüber den Arbeitern wie den Bauern als konsequenter Vertreter der gegnerischen Interessen zeigte, vereinigten sich die ansonsten unterschiedlichen Ziele von Arbeitern und Bauern im Ruf nach Ablösung der Provisorischen Regierung. Der Friede für die Soldaten, das Land für die Bauern und das Brot für die Arbeiter schienen gleichermaßen vom Träger der Staatsgewalt abhängig. So mußte Kerenski weichen, nachdem er in der Armee

wie bei den Bauern und im Proletariat seine Basis verloren hatte, als sie alle den Eindruck haben mußten, der Februar sei umsonst gewesen, im wesentlichen habe sich nichts geändert.

Und daher wandte sich die neue Staatsmacht, der Sowjetkongreß des Oktober, an jenes Bewußtsein der Massen appellierend, als neue Regierung, als staatlicher *Vertreter* der Arbeiter- und Bauerninteressen an das russische Volk: „Die Provisorische Regierung ist gestürzt . . . Die Sowjetmacht wird sofort allen Völkern einen demokratischen Frieden und den sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten vorschlagen. Sie wird die entschädigungslose Übergabe der Gutsbesitzer-, Kron- und Klosterländereien in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees sicherstellen, die Rechte der Soldaten schützen, indem sie die volle Demokratisierung der Armee durchführt, sie wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion einführen und die rechtzeitige Einberufung der Konstituierenden Versammlung gewährleisten, sie wird dafür sorgen, daß die Städte mit Brot und die Dörfer mit Gegenständen des dringendsten Bedarfs beliefert werden, sie wird allen in Rußland lebenden Völkern das wirkliche Recht auf Selbstbestimmung sichern.“ (49)

4. Folgen des Umsturzes

Was auf dem Land geschah, ist sattsam bekannt und oft genug beschrieben worden: Die von den Bauern längst begonnene Parzellierung des Großgrundbesitzes wurde vom Dekret über den Boden sanktioniert und bildete von nun an einen Eckpfeiler der neuen Produktionsverhältnisse, den unmittelbar keine noch so sozialistische Arbeiterbewegung hätte verrücken können.

Weniger Eingang in die Literatur zur russischen Revolution findet bezeichnenderweise die konkrete Form der Arbeiterbewegung. Ihr wird meist, da sie sich gegen die Verfügungsgewalt der Unternehmer wandte, stillschweigend unterstellt, eine sozialistische gewesen zu sein. Daher beschränkt sich die Beschreibung der proletarischen Kämpfe für gewöhnlich auf die Aufhebung der Kapitalisten als „steuerpolitische Kategorie“ (Rosa Luxemburg). „Darüber, wie die Betriebskomitees im einzelnen versuchten, den Produktionsprozeß aufrechtzuerhalten bzw. wieder in Gang zu setzen, liegen kaum Nachrichten vor . . .“ (50)

Gerade hier aber wäre erst der wirkliche Charakter der Arbeiterbewegung abzulesen; hier wäre zu fragen, ob das Proletariat den Produktionsprozeß im Bewußtsein und der Absicht einer Aufhebung des Lohnverhältnisses neu zu organisieren versuchte oder ob es die Lohnarbeit in eigener Regie übernahm. Die Konsequenzen für den revolutionären Prozeß wären in jedem Falle vollkommen verschieden! Daher soll im folgenden versucht werden, aus dem Material, das bislang vorliegt, jenen konkreten Charakter der Bewegung näher zu bestimmen, um so den Ausgangspunkt für ein Begreifen der industriellen Produktionsverhältnisse, die sich im Laufe des sog. Kriegskommunismus herausbildeten, zu gewinnen.

49 Zit. nach: Chamberlain, Russische Revolution, Bd. 1, S. 436 f.

50 Yvonne Herrmann, Demokratie und Selbstbestimmung im Konzept der russischen Oktoberrevolution, Gaiganz 1975, S. 88

Zunächst zeigten sich die Arbeiter weit militanter als ihre Führer im Vorgehen gegen das private Eigentum an Produktionsmitteln und dessen personellen Repräsentanten. Belegschaften vieler Betriebe enteigneten die Besitzer oftmals gegen den Willen des Rats der Volkskommissare, der von sich aus nur sehr wenige Nationalisierungen vornahm und diese zudem nur als Defensivmaßnahme betrieb, als Strafe für nicht kooperationswillige Unternehmer (51). Ansonsten gedachte man, mit ihnen zusammenzuarbeiten, und unternahm sogar Versuche, Projekte ganz großen Stils (Meschtscherkij-Projekt, Stacheev-Projekt) (52) im Verein von Staat und Unternehmern zu initiieren, die jedoch stets am Widerstand der Arbeiter scheiterten.

So militant die Kämpfe der Arbeiter aber auch waren, so sehr waren sie auf die private Verfügungsmacht der Unternehmer konzentriert, so wenig Bewußtsein über die Notwendigkeit der Aufhebung des Lohnverhältnisses trat an ihnen zutage. Es scheint, als sei die Sache für die Arbeiter mit der Verjagung des Kapitalisten und der Kontrolle des Lohnverhältnisses durch Belegschaftsvertreter erledigt gewesen. Wie anders wäre das betriebsegoistische Verhalten der Komitees zu erklären? „Soweit sich die Belegschaften in kollektive Unternehmer verwandelten, vergrößerten sie meistens die wirtschaftliche Anarchie. Planwirtschaftliche Erwägungen, wie sie das Dekret vom 29. November andeutete, fanden bei ihnen kein Gehör.“ (53) In dieser Einschätzung resümieren sich im Grunde alle Beschreibungen jener Phase der russischen Arbeiterbewegung unmittelbar nach dem Oktoberumsturz (54). Der Zusam-

51 Vgl. Richard Lorenz, Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 15 (1967), S. 229 f.

52 Vgl. Lorenz, Alternativen, S. 218 ff.; ders., Anfänge, S. 137 ff.; Brüggmann, Gewerkschaften, S. 203 ff.

53 Lorenz, Anfänge, S. 97

54 Vgl. Oskar Anweiler, Einleitung zu: Frits Kool/Erwin Oberländer (Hg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten/Freiburg 1967, S. 47; Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 125; Brüggmann, Gewerkschaften, S. 143 f.; Isaac Deutscher, Die sowjetischen Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1969, S. 42; Lorenz, Alternativen, S. 210; ders., Anfänge, S. 67, 103, 147 f.; Pankratova, Fabrikräte, S. 214 ff.

Auch Kritiker der Bolschewiki kommen nicht umhin, bis zu diesem Zeitpunkt die Übermacht der bolschewistisch geprägten Arbeiterbewegung zu konstatieren. Erst nach dem Oktober – zum großen Teil wohl durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki selbst verursacht – gewannen Bewegungen anarchistischer Art an Einfluß. Vgl. Volin, W.M., Die unbekannt Revolution, Bd. 1, Hamburg 1975, S. 160 ff., 182 f., 210 f.; Brinton, Maurice, The Bolsheviks and Worker's Control, London 1970, pass.

Unter den gegebenen historisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen handelte es sich dennoch wohl um den fortgeschrittensten Stand, den das Massenbewußtsein überhaupt annehmen konnte. Für die subjektive Herausbildung einer Perspektive auf Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise im Sozialismus hätte es wohl der Grundlage eines entfalteten Kapitalismus bedurft, nicht aber – wie in Rußland – der isolierten Durchsetzung des Lohnverhältnisses in der städtischen Fabrik. Wo das Kapitalverhältnis sich nicht als gesamtgesellschaftliches gesetzt hat, kann es auch nicht gesellschaftlich umgewälzt werden; man kann gegen es nur objektiv und in Teilbereichen verstoßen und/oder es als Problem der Fabrik (anstelle des „Fabrik“systems) bekämpfen. Wo die gesellschaftliche Entwicklung derartige Voraussetzungen geschaffen hat, wo das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht zum gesellschaftlich bestimmenden Klassenverhältnis entfaltet ist, damit keine gesellschaftliche Integration aller Produzenten real stattgefunden hat, wo somit auch nicht durch die bürgerliche Gesellschaft Bewußtseinsentwicklungen eintreten konn-

menhang mit dem Charakter der Arbeiterkämpfe vor dem Oktober (vgl. oben) liegt auf der Hand. Strittig jedoch ist die historische Bewertung der Bewegung. Bedeutet die weitere Entwicklung der Sowjetunion, die Unterdrückung der Komitees durch ihre Anbindung an den bolschewistischen Staat, der Fortbestand der „Lohnarbeit“, den direkten Gegensatz zu den Arbeiterinitiativen oder war nicht in diesen selbst wenigstens die Möglichkeit ihrer Pervertierung schon angelegt? Haben die Bolschewiki sozialistische Entwicklungschancen der russischen Revolution unterdrückt (wobei zu fragen wäre, welche immanenten Tendenzen der Bewegung selbst ihnen die Grundlage dafür boten!)?

Offensichtlich war der an der Forderung nach Arbeiterkontrolle und Nationalisierung aufgezeigte innere Widerspruch (vgl. oben) nach Beseitigung des Hemmnisses der Provisorischen Regierung nunmehr praktisch geworden. Die russischen Arbeiter nahmen ihre Gesellschaft selbst in die Hand, aber sie taten es „nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (55). Zwar gingen die Komitees in ihrer Praxis viel weiter, als es sich die Bolschewiki vorgestellt hatten; doch tasteten sie trotz aller in Anspruch genommener Eingriffs- und Kontrollbefugnisse den Unternehmer in seiner *Funktion* als Anwender von *Lohnarbeit* nicht an. Sie verlangten vielmehr, diese Funktion ganz oder teilweise selbst zu tragen.

ten, ohne die sozialistische Bewegungen nicht denkbar sind (also etwa die Erkenntnis menschlicher Geschichte als *menschlicher Praxis*, das Begreifen des Individuums als gesellschaftlich bestimmtem usw.), dort fehlen auch die Grundlagen für einen im Proletariat selbst zu artikulierenden Anspruch auf *bewußte* Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Aus diesem Zusammenhang resultierte letztlich wohl auch die somit objektiv bedingte – Unfähigkeit der linken Kommunisten, den nach dem Oktober 1917 vorherrschenden Praktiken der Bolschewiki mehr als eine demokratisierte Variante derselben Politik entgegenzusetzen (vgl. unten).

Ganz allgemein scheint mir hier ein prinzipielles Problem aller bisherigen, sich selbst sozialistisch definierenden Revolutionen zu liegen. Sie alle fanden auf der Basis nichtkapitalistischer, wohl aber über den Weltmarktzusammenhang vom Kapitalismus deformierter sozialer Strukturen statt; sie konnten daher nur in Existenz treten, sofern sie sich gegen das nationale und internationale Kapital stellten (dies die „sozialistische“ Seite), standen jedoch alle vor der Schwierigkeit, die Voraussetzungen einer eigenen sozialistischen Entwicklung erst schaffen zu müssen. So ist etwa der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten untereinander *nach* Herauslösung aus der kapitalistischen Abhängigkeit überhaupt erst herstellbar (worin möglicherweise die objektive Funktion der großen Führerpersönlichkeiten, wie Lenin, Stalin, Mao oder Fidel Castro, begründet ist: als Integrationsfiguren zu dienen für die Initiierung solch „nachholender“ Prozesse, die sich manifestieren in Industrialisierungsprogrammen und Kampagnen der Massen, „erziehung“). Es müssen die in den klassischen kapitalistischen Ländern durch die bürgerliche Gesellschaft (in welcher verkehrter und entfremdeter Form auch immer) geschaffenen objektiven Voraussetzungen auf nichtkapitalistischem Wege „nach“geholt werden. Auch kann dies andererseits nur in dieser spezifischen Form von „Sozialismus“ geschehen, da die Alternative heißt: Verbleiben in der vom Kapitalismus verursachten und perpetuierten Deformation und Abhängigkeit. Daß es auf sehr verschiedene Weise – je nach der konkreten historischen Gestalt des revolutionären Prozesses –, geschehen kann, zeigen u. a. die Unterschiede zwischen chinesischem und sowjetischem Weg.

55 Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, S. 115

Auf diese Weise entstand jene merkwürdige Situation, daß das antikapitalistische Moment der Bewegung den Arbeitern faktisch alle Macht in die Hände gegeben hatte, das Fehlen eines Bewußtseins über die Notwendigkeit der Aufhebung der Lohnarbeit insgesamt ihnen diese Macht zerrinnen ließ und so objektiv der neuen Staatsmacht anheimgab.

Um die Jahreswende 1917/18 wurden die Betriebskomitees — vermittelt über ihre Eingliederung in die Gewerkschaften — den staatlichen Organen untergeordnet. Einzige Ausnahme bildete der Ural. Dort waren die Bergwerksgesellschaften, die im wesentlichen die Produktion kontrolliert hatten, „bereits im Januar 1918 fast zur Gänze nationalisiert . . . Weiter ist bekannt, daß sich die lokalen Sowjets im Ural zu einer von der Reigerung weitgehend unabhängigen Verwaltungseinheit mit einem eigenen Rat der Volkskommissare konstituiert hatten“ (56). Die Arbeitervertreter jener Betriebe beschlossen ein absolut demokratisches Verwaltungssystem (mit Wahl- und Abberufbarkeit der Betriebsleitungen). Dennoch wurde wohl auch hier nicht am Lohnverhältnis selbst gerüttelt, obgleich ein solches System mit Lohnarbeitsverhältnissen auf Dauer unvereinbar gewesen wäre.

Derselbe Widerspruch zeigte sich auch in der Auseinandersetzung um die Frage, wie der unmittelbar nach dem Oktoberumsturz gesunkenen Arbeitsproduktivität zu begegnen sei. Auch hier war nicht das Lohnverhältnis an sich Gegenstand der Debatte, sondern nur die Gestalt des Lohnverhältnisses; es ging nur darum, den von den Bolschewiki eingeführten Zeitlohn wieder durch den Stücklohn zu ersetzen, wogegen sich die Gewerkschaften bis zum Brester Frieden zur Wehr setzten; danach änderten sie ihre Haltung (57).

Selbst die zu jener Zeit radikalsten Fürsprecher der proletarischen Interessen, die linken Kommunisten, kamen über diese Ebene der Problemstellung in ihrer Auseinandersetzung mit Partei und Gewerkschaften nicht hinaus. Diese wiederum schlugen von vorneherein gegenüber den spontanen Maßnahmen der Arbeiter einen restriktiven Kurs ein. „Bereits der Erste Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß (7. - 14. Januar 1918) hatte sich nach einem Vortrag C. Cyperovics gegen eine generelle Nationalisierung der Industrie ausgesprochen, da sich die Krise hierdurch nur verschlimmern könnte; als Vorbereitungsstufe sei zunächst die staatliche Syndizierung und Trustierung der wichtigsten Industriezweige (Kohle, Erdöl, Eisen, Chemie) erforderlich.“ (58) Als jedoch nach Abschluß des Brester Friedens der totale Zusammenbruch drohte (59), traten die Bolschewiki offensiv für eine straffe Zentralisierung und staatliche Leitung der Ökonomie ein. Auch die Gewerkschaftsführung setzte sich seit März 1918 „für die Übernahme im Kapitalismus entwickelter Wirtschaftsmethoden (Arbeitsnormierung, Stücklohn usw.) sowie für eine strenge von

56 Brüggemann, Gewerkschaften, S. 186

57 Vgl. ebenda, S. 231 f.

58 Lorenz, Alternativen, S. 216

59 „Fast 50 Prozent aller Industrieanlagen und damit die Hälfte der Arbeiterschaft kamen unter fremde Besatzung. Der Ausfall der Kornkammer Rußlands und 90 Prozent der gesamten Zuckerindustrie untergrub die Lebensmittelversorgung der großen Städte.“ (Lorenz, Alternativen, S. 211)

Arbeitsgerichten zu überwachende Betriebsdisziplin ein.“ (60)

Dem setzten die linken Kommunisten keine qualitativ verschiedene Konzeption entgegen. Sie vertraten eine schärfere Nationalisierungspolitik, wandten sich gegen die Einsetzung von Betriebsleitungen und plädierten stattdessen für Kollegialitätsprinzip und Wählbarkeit der Betriebsleitungen. Sie konstatierten andererseits ein Schwinden des revolutionären Bewußtseins der Massen und forderten daher die Partei auf, „dieses Minus durch eine energische Politik wieder auszugleichen.“ (61)

Sie erkannten zwar klar das einschränkende Moment der Klassenbewegung: „Vor allem, wenn man den Übergang zum Sozialismus in der Verstaatlichung der Betriebe erblickt, bedeutet die Verstaatlichung an sich, d. h. der Übergang eines Betriebes in Staatseigentum, noch keinen Sozialismus.“ (62) Denn: „Wenn das Proletariat selbst nicht in der Lage sein wird, die notwendigen Voraussetzungen für eine sozialistische Organisation der Arbeit zu schaffen, dann wird es niemand an seiner Stelle tun, und niemand wird es dazu zwingen.“ (63) Aber eine wirkliche Alternative zur Politik des Zentralkomitees konnten sie auch nicht bieten. Auch sie kamen nicht umhin zu erkennen, daß die Massen selbst die Lohnarbeit nicht in Frage stellten. So blieb ihnen nichts anderes, als ein weniger kompromißbereites staatliches Verhalten den Unternehmern gegenüber zu fordern und darauf zu bestehen, daß die Kontrolle der Lohnarbeit stärker durch Arbeiter als durch regierungskonforme Kommissare getragen werden sollte: „... ein entschlossener Kurs in Richtung auf Verstaatlichung der Banken und ein ebenso entschlossener Kurs in Richtung auf Verstaatlichung der Industrie. Schließlich bedarf es vor allem eines Arbeitsplans für die Wirtschaft, und dieser muß entschlossen und zielbewußt verwirklicht werden.“ (64) „Die Arbeiter der Fabriken müssen unmittelbar an der Leitung derselben teilnehmen (aber sie sollten in den Betriebsleitungen nicht die Mehrheit haben).“ (65) Auch Osinskij geht es darum, „uns . . . von dem organisatorischen Durcheinander der Arbeiterkontrolle zu befreien.“ (66)

So ist den linken Kommunisten zwar zuzubilligen, die Situation der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1918 klarer erkannt zu haben. Eine Politik jedoch, die ihrer Tendenz nach eine Aufhebung des Lohnverhältnisses angesteuert hätte, konnten auch sie nicht entwickeln. Daher blieben sie begrifflich auf derselben Ebene wie ihre Kontrahenten, indem sie deren Konzept einer Organisation der Ökonomie, an dem die Arbeiter faktisch keinen wesentlichen Anteil mehr hatten, eine demokratische Variante entgegensetzten.

Hierin wird noch viel deutlicher als allein in der Haltung ihrer Gegner, daß *die Arbeiterbewegung selbst* zu dieser Zeit keinen Ausweg aus dem Dilemma bot. Dies wurde sinnfällig am Verlauf und den Folgen des ersten gesamtrossischen Kongres-

60 Lorenz, Alternativen, S. 217

61 ebenda, S. 227

62 N. Osinskij, Über den Aufbau des Sozialismus, in: Kool/Oberländer, Arbeiterdemokratie, S. 101

63 ebenda, S. 110

64 ebenda, S. 113

65 ebenda, S. 117 Anm. 1

66 ebenda, S. 117

ses der Volkswirtschaftsräte (Mai/Juni 1918). In seinen Diskussionen konnten sich die linken Kommunisten zum Teil durchsetzen. „Alle Fraktionen, in die sich der Kongreß im Laufe der Debatte spaltete, forderten, die Nationalisierung der Industrie konsequent zu Ende zu führen und von der mehr oder weniger zufälligen Entzweignung einzelner Betriebe zur systematischen Nationalisierung ganzer Industriezweige überzugehen.“ (67) Auch in der Frage der Verwaltung nationalisierter Betriebe mußten das Zentralkomitee und speziell Lenin eine Niederlage hinnehmen. Während Lenin sich zusammen mit dem Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates für ein Prinzip der Einzelleitung durch Kommissare einsetzte, beschloß der Kongreß ein Kollegial- und Wahlprinzip. Auch in anderen Punkten konnte sich Lenins Position nicht voll durchsetzen. „So forderte der Erste Volkswirtschaftskongreß zwar die Einführung der obligatorischen Arbeitspflicht, fester Arbeitsnormen und einer strengen Arbeitsdisziplin, räumte jedoch – entgegen den Vorschlägen Lenins – den Betriebskomitees und Gewerkschaften selber die Kontrollbefugnis ein.“ (68) Andererseits wurde die Einführung des Taylor-Systems vom Kongreß gebilligt!

Und in derselben Widersprüchlichkeit wie die Beschlüsse des Kongresses bewegte sich die weitere reale Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Zwar machte die Nationalisierung große Fortschritte und erfaßte praktisch die gesamte Großindustrie, aber sie nahm den Unternehmern zunächst nur ihren Rechtstitel auf das Eigentum. Im übrigen behielten sie ihre Einkommen und wurden verpflichtet, die Betriebe weiterzuführen. Die Arbeiterkontrolle wurde im Laufe des Jahres 1918 allmählich abgeschafft (offiziell eingesehnet durch ein Dekret im April 1919).

Für gewöhnlich werden die Ursachen dieser Entwicklung in der sich durch den Brester Frieden und den Bürgerkrieg permanent verschärfenden ökonomischen Lage gesehen. Doch dies unterstellt, daß die gesellschaftliche Produktion in Krisenzeiten nur durch Unterdrückung der Produzenten aufrechterhalten werden könne, was die Aufhebung dieser Unterdrückung unweigerlich ins Reich der Utopie verweist. Weshalb aber sollten ökonomische Schwierigkeiten leichter gegen die Initiative der Massen zu meistern sein als durch sie? Die Frage bezüglich der russischen Situation ist also die, welche Umstände dazu beigetragen haben, das Bestehen der Situation auf dem Wege der proletarischen Initiative unmöglich zu machen. Es ist also nach den Möglichkeiten der Meisterung auf dem Hintergrund eines von erlahmender Arbeiterkontrolle und Nationalisierung geprägten Massenbewußtsein zu fragen!

Daher greift auch Bettelheims Ansatz zu kurz, für den der Niedergang der Komitees „offenbar in Zusammenhang (steht) mit der nicht ausreichenden Zahl echter Arbeiterorganisatoren, die in den Betrieben die Probleme wirklich anpacken . . . Das Fehlen systematischer Anstöße seitens der bolschewistischen Partei und die wachsende Gleichgültigkeit der Werktätigen in bezug auf die Fabrikkomitees haben ebenfalls ihre Rolle gespielt.“ (69) Die Frage nach dem Warum und Woher dieser Erscheinungen bleibt auch hier unbeantwortet.

Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Perspektive lagen nach Besei-

67 Lorenz, Alternativen, S. 231

68 ebenda, S. 232

69 Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 128

tigung der Provisorischen Regierung zuallererst in der konkreten Bestimmtheit des Massenbewußtseins selbst! War nach dem Oktoberumsturz das entscheidende Hindernis zur Realisierung von Arbeiterkontrolle und Nationalisierung beiseite geräumt, so mußten sich die immanenten Widersprüche der nun praktisch gewordenen Forderungen enthüllen. Fortexistenz der Unterwerfung unter den Produktionsprozeß, Weiterbestand der Lohnarbeit bei gleichzeitig erfolgter Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und praktischer Aufhebung (*einfacher* Negation gewissermaßen) der Verwertung des Kapitals als Regulativ der Arbeits- und Lebensbedingungen kann sich auf Dauer gesellschaftlich nicht stabilisieren.

Entweder gelang es der Arbeiterklasse, im Zuge der Klassenseinandersetzungen nach dem Oktober ihren Blick auf die positive Aufhebung der Lohnarbeit zu lenken, oder diese Perspektive mußte statt von ihr selbst, von Vertretungsorganen wahrgenommen werden (die Restauration der alten Verhältnisse einmal aufgrund des erfolgten Umsturzes ausgeschlossen). Ersteres war es, worauf Trotzki hoffte, als er sich im Sommer 1917 den Bolschewiki anschloß, letzteres stellte sich realiter ein.

Daß dies geschah, dürfte auf die konkrete Form der Klassenkämpfe nach dem Oktober 1917 zurückgehen, die das Bewußtsein des Proletariats, wie es sich bis zum Oktober entwickelt hatte, nicht aufbrach und ihm so keine entsprechenden Voraussetzungen schuf, um die katastrophale wirtschaftliche Lage (durch den Frieden von Brest-Litowsk und den Bürgerkrieg im wesentlichen hervorgerufen aus eigener Kraft zu meistern, und auf diese Weise ihre eigene Unterdrückung durch die bolschewistische Partei ermöglichte, ja unter den gegebenen Umständen im Interesse der Revolution unausweichlich machte. Daß die Partei selbst diese Rolle für sich akzeptierte, statt (etwa analog dem späteren chinesischen Beispiel) sich eine erzieherische Aufgabe zu setzen, wie es sich Bettelheim gewünscht hätte (vgl. oben), ist wohl seinerseits aus dem Verlauf des historischen Prozesses zu erklären. Man wird wohl nicht umhin können, die Bolschewiki selbst zu den Opfern dieser Entwicklung zu zählen.

Doch dieser letztere Zusammenhang kann im Rahmen der hier verfolgten Problemstellung am Rande der Betrachtung bleiben. Abschließend soll vielmehr versucht werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu charakterisieren, die sich am Ende des revolutionären Prozesses, also ungefähr am Ausgang des Bürgerkriegs, etabliert hatten.

5. Das gesellschaftliche Resultat der Umwälzung

Auf seiten des Proletariats ist zu konstatieren: die einfache Negation kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Damit waren die Träger der Staatsgewalt gezwungen – wollten sie nicht der Reaktion kampflos das Feld räumen –, die Interessen des Proletariats stellvertretend wahrzunehmen. Dieselbe Revolution, die sich so vehement gegen staatlichen Zwang gewehrt hatte, brachte ihn auf anderer qualitativer Stufe erneut hervor.

Das qualitativ Neue an diesem Staat war, daß seine Funktion in Aufrechterhaltung und weiterer Durchsetzung nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse bestand; als solcher hatte er sich vor dem Proletariat stets aufs Neue auszuweisen und

nur als solcher war er existenzfähig, denn nur sofern sich die Herrschaft über das Proletariat als eine in dessen Interesse legitimieren konnte, war der Bestand des Staates durch gesellschaftliche Anerkennung gesichert.

Daher erklärt sich wohl die enge gegenseitige Durchdringung von Partei und Staat der Sowjetunion. Der Staat ist *funktional* als bolschewistischer, d. h. als Träger einer sozialistischen Perspektive an Stelle einer sozialistischen Bewegung, bestimmt. Hier zeichnet sich bereits das prinzipielle Dilemma der weiteren Entwicklung ab. Soll nämlich der Staat als Herrscher über die Produzenten gleichzeitig deren Emanzipationsprozeß und damit eben auch seine eigene Abschaffung *initiieren*, so muß dies unweigerlich zu Brüchen in der konkreten Vorstellung vom anzustrebenden Sozialismus führen. Oder „von unten“ gesehen: Wie sollen sich die Produzenten von ihrer Unterwerfung unter eine Staatsgewalt befreien, wenn diese selbst sich stets durch den Hinweis auf die Vertretung der Produzenteninteressen ausweisen muß und – in bestimmtem Maße – auch kann?

Eine weitere Brechung erfuhr die Funktion des Staates durch die auf dem Land eingetretenen Veränderungen der Produktionsverhältnisse. Die spontane Landaufteilung der Bauern, hatte sie massenhaft in private Kleinproduzenten verwandelt. Dennoch blieb ein Teil der Landarmut zunächst noch ohne Land. „Am 11. Juni 1918 wurde mit einem Dekret die Nivellierung der landwirtschaftlichen Betriebe eingeleitet. Die neue Bodenaufteilung hatte als sog. ‚zweite Agrarrevolution‘ zur Folge, daß das ‚ländliche Proletariat‘ von bisher noch 1,5 Millionen verschwand; aus den Landarbeitern wurden warenproduzierende Kleinbauern.“ (70)

Daß beide „Agrarrevolutionen“ oftmals sich im Rahmen des Mir abspielten, widerspricht dem nicht. Bettelheim weist wohl zu Recht auf die sehr beschränkte Form kollektiver Beziehungen selbst innerhalb des alten Mir hin (71). Denn die Bebauung des Landes erfolgte trotz Umteilung und gemeindlicher Steuerverantwortung längst individuell (auf Familienbasis). Trotzki gibt für die Wiederbelebung des Mir gerade im Zuge der Landaufteilung eine einleuchtende Erklärung: „... das übliche Mißtrauen der Bauern untereinander; es ging jetzt um direkte Aneignung und Teilung der Gutsbesitzerhabe, jeder wollte selbst daran teilnehmen, ohne seine Rechte einem anderen anzuvertrauen.“ (72) D. h. unter dem Schein kollektiven Vorgehens erneuerte sich die alte Dorfordnung gerade wegen des allen gemeinsamen Gegensatzes gegen alle, wegen der *gemeinsamen* Gegensätzlichkeit des Interesses an privatem Eigentum!

Den Beweis der Richtigkeit dieser These lieferten die Bauern selbst. In Bürgerkrieg und Kriegskommunismus verhielten sie sich nach der Logik kleiner Warenproduzenten. Sie beteiligten sich an der Niederwerfung der weißen Generäle und der In-

70 Wolfgang Palm, Die Entwicklung der Räte und Gewerkschaften von der Oktoberrevolution bis zum Frieden von Brest-Litovsk, in: Gottfried Mergner (Hg.), Die russische Arbeiteropposition, Reinbek 1972, S. 36. Im Jahre 1919 „sollen – gemäß den sowjetischen Statistiken, die zweifellos nur Annäherungswerte liefern – 96,8 % des bebauten Bodens sich in der Hand von Bauern befinden, die sie (innerhalb oder außerhalb des *Mir*) individuell bewirtschaften . . .“ (Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 185)

71 Vgl. Bettelheim, Klassenkämpfe, S. 182 ff.

72 Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2/1, S. 717

tervention, weil ihnen von daher das ancien regime zurückzukehren drohte; und sie hungerten beinahe gleichzeitig die Städte aus, weil ihnen die bolschewistischen Requisitionsmaßnahmen ohne Unterschied schienen zu jenen Auspressungspraktiken, unter denen sie jahrhundertlang gelitten und zu deren Ende sie tatkräftig beigetragen hatten. Sie verteidigten die Revolution dort, wo sie der Rückfall in die alten Zustände schreckte, und sie bekämpften die Revolution, wo diese sie in dem angriff, das für sie der Inhalt des Kampfes gewesen war: die private Parzelle, ausreichend zur eigenen Reproduktion. Am klarsten drückte sich dies in Losungen von Bauernaufständen zur Zeit des Kriegskommunismus aus: „Hoch die Bolschewiki (die uns das Land gegeben haben)! Hoch der Freihandel! Nieder mit den Kommunisten (die das Getreide requirieren)!“ (73)

Nicht irgendein kollektiver gesellschaftlicher Zusammenhang bestimmte das Verhältnis von Stadt und Land zu Zeiten des Kriegskommunismus, sondern der private Charakter der bäuerlichen Produktion. Denn die Produktion der Bauern orientierte sich an der Wertgröße, die zur Reproduktion ihres eigenen Lebens notwendig war, was seinen Ausdruck im Steigen und Fallen des Produktionsumfangs je nach Maßgabe der Möglichkeit, Industriewaren einzutauschen, fand. Da diese Industriewaren nur in sehr kleinem Umfang zur Verfügung standen, gab es für den Bauern als Warenproduzenten keinen Anlaß, über das hinaus, was er und seine Familie benötigten zu produzieren. Auch ein Anhäufen von Geld schien unter diesen Umständen sinnlos (zusätzlich bestärkt durch die Entwertung des Rubels).

Aus dieser gesellschaftlichen Grundlage der Agrarverhältnisse erwuchs dem neuen Staat eine weitere Funktion. Er mußte den Austausch zwischen Stadt und Land organisieren, der sich im Gegensatz zur Vergangenheit nicht blindwütig hinter dem Rücken der Produzenten „von selbst“ durchsetzte. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe implizierte für den Staat gleichzeitig, sich zum Sachverwalter der kleinbäuerlichen Interessen insofern machen zu müssen, als eben nur über den Staat der gesellschaftliche Zusammenhang der isolierten Privatwirtschaften herstellbar war.

Das Paradox der russischen Revolution, daß dort, wo die Produktion wirklich von den Produzenten übernommen wurde, dies auf privater Basis geschah (was gleichzeitig den Verlust dieser Aneignung durch Auslieferung an den Wertmaßstab bedeutete!), während dort, wo das private Eigentum aufgehoben wurde, die wirkliche Aneignung des Produktionsprozesses nicht durch die Produzenten, sondern durch den Staat geleistet wurde (74), – dieses Paradox, reproduzierte sich auf staat-

73 Eugen Varga, Sozialismus und Kapitalismus in Sowjet-Rußland, in: Mergner, Arbeiteropposition, S. 60, Fußnote 1.

74 Hieraus – und nicht bloß aus einer falschen Marx-Rezeption (die an sich natürlich unbestreitbar ist) – wären die wesentlichen Ungereimtheiten und inneren Widersprüche des bolschewistischen Selbstverständnisses zu erklären. Beispielsweise die Degeneration des „Marxismus-Leninismus“ zur Legitimationswissenschaft ist von dem Paradox her zu begreifen. Denn ein Staat, der den Anspruch erhebt, für die Arbeiter deren Sozialismus zu verwirklichen, hat sich stets inhaltlich von diesem Ziel her auszuweisen. Die solchermaßen begründete Theorie muß trotz möglicherweise subjektiver Aufrichtigkeit ihrer Vertreter objektiv Legitimationscharakter annehmen, zur Sophisterei werden, wenn die originäre (Marxsche) Theorie einen Sozialismusbegriff besitzt, der mit dem wirklichen Weg des

licher Ebene. Der substitutive Träger der sozialistischen Bewegung konnte nicht umhin, einheitsstiftende Kraft der ländlichen Kleinproduktion zu werden und dennoch für die gesellschaftliche Verklammerung beider Bereiche unter sozialistischer Perspektive zu sorgen. Beides mußte ihn in beständigen Gegensatz zu Bauern und Arbeitern bringen – und dies in seiner *realen* Funktion als „Substitutionssozialist“.

Auf dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Ausgangslage wäre nun nach Ursache und Funktion des Stalinismus, insbesondere der Kollektivierung der Landwirtschaft, zu fragen sowie nach den Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse, um so zu einem Verständnis der heutigen Gesellschaftsstruktur der Sowjetunion zu gelangen.

Substitutionssozialisten kollidiert – ohne daß dies u. U. für dessen Protagonisten erkennbar oder gar änderbar wäre.

Insofern findet sich der „Stalinismus“ in diesen Verhältnissen schon angelegt (was nicht heißt, er habe daraus entstehen *müssen*). Es war dies wohl auch der letztlich entscheidende Grund für die Wehrlosigkeit der „alten Garde“ der Bolschewiki gegen Stalins Terror. Stalin realisierte *in der Tat* jene bolschewistische Sozialismusvorstellung, die sich durch die Klassenkämpfe bis zur Revolution herausgebildet hatte. Weshalb also sollte für einen Bucharin das Eingeständnis nie begangener Verbrechen nicht höher stehen als die Verteidigung seiner Person, was unter der Voraussetzung, daß Stalin nicht der „Verräter“, sondern der Exekutor des „Sozialismus“ war, nur dem internationalen Klassenfeind nützen konnte? Vgl. Maurice Merleau-Ponty, *Humanismus und Terror*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1968, S. 68 ff.

★ (Abo 7,-)

Li Yi Zhe/ Helmut Opletal/ Peter Schier

China: wer gegen wen?

Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus – eine Wandzeitung der außerparteilichen Opposition Analyse und Dokumentation

Li Yi Zhe waren als Rotgardisten in Kanton aktiv. Ihre Wandzeitung ist für die politische Auseinandersetzung in China ein einzigartiges Dokument: sie sehen die Linienkämpfe an der Spitze von Regierung, Partei und Armee als Beweis dafür, daß die Volksmassen von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind. Ihre Forderung nach gesicherten demokratischen Rechten ist deshalb für alle Parteifaktionen bedrohlich.

Helmut Opletal und Peter Schier analysieren in ihrer Einführung die Entwicklung in der VR China von der Kulturrevolution bis zu den aktuellen Auseinandersetzungen nach Maos Tod. Auf die Frage: wer gegen wen? geben sie eine ganz andere Antwort als unsere bürgerlichen und maoistischen Sternendeuter. Denn sie fragen konsequent, wo sich in China die Massen wirklich bewegen und wo sie bewegt werden.

Rotbuch 169, 144 Seiten DM 8,-

Die erste gründliche und umfassende Darstellung der Geschichte Italiens seit dem zweiten Weltkrieg auf ökonomischer, sozialhistorischer und politischer Ebene. Ein Buch, das analysiert, ohne unkritische Italien-Begeisterung zu entfachen. Grundlage für jeden – ob Euro-Kommunismus - Fan oder nicht – der die politische Entwicklung in Italien verstehen will.



Rotbuch 127
320 Seiten. 14 (13) DM

Rotbücher ★★★★★★